

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856



Druckerei: Nachrichten Dresden
Schriftföhrer-Commissionsnummer: 25 241
Nur für Nachgelassene: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 16. März 1923 bei täglich einmaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig. Aboherbeil Dresden 15 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 3 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklamierzeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg., Obergrenze 30 Pfg., Ausm. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftföhrung und Anzeigengestaltung:
Marienstr. 33-42
Druck u. Verlag von Vespisch & Reichardt in Dresden
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. ist nicht verantwortlich für die in den von uns veröffentlichten Briefen enthaltenen Meinungen.

Genfer Debatte über die deutschen Vorschläge

England skeptisch, Frankreich zustimmend. — Uebertweisung an die Regierungen beschlossen.

Wie die Sicherheit erköhrt werden kann.

Genf, 29. Febr. Die heutige Abendssitzung des Sicherheitsausschusses, die insoweit Benesch's Erfrantzung unter Vorsitz des schwedischen Ministerpräsidenten stattfand, gah der Erörterung der deutschen Vorschläge. Diese belagen in Kurzem folgendes:

1. Die Staaten verpflichten sich, im Konfliktfalle vorläufige Empfehlungen des Völkerverbundes anzunehmen, um einer Verschärfung der Streitigkeiten vorzubeugen.
2. Die Staaten verpflichten sich, bei Friedenssicherung im voraus Völkerverbündensentscheidungen anzunehmen, die den Normalfriedensstand aufrechtzuerhalten sollen.
3. Die Staaten verpflichten sich, bei Ausbruch von militärischen Feindschaften im voraus einen vom Völkerverbundrat vorgeschlagenen Waffenstillstand anzunehmen, die etwa über die Grenzen angelegenen Streitkräfte zurückzuführen und die Staatshoheit des anderen Teiles zu sichern.

Diese Verpflichtungen sollen in einem Vertrag oder Protokoll festgelegt werden, das alle Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten des Völkerverbundes unterzeichnen können.

Staatssekretär v. Simon

betonte in der Begründung der Anträge, daß sie nicht das alleinige Ziel sein sollen. Die deutsche Delegation sei nach wie vor auch bereit, trotz gewisser Zweifel und Vorbehalte an der Idee regionaler Pakte mitanzuhängen. Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung der deutschen Vorschläge entgegenstehen, seien mehr technischer Natur, aber keineswegs unüberwindlich.

Vord. Cuskenburg erklärte für England, daß er gegenüber den deutschen Vorschlägen noch keine Instruktionen beizugeben. Seine Delegation lehne aber ein allgemeines Protokoll oder einen allgemeinen Vertrag ab. Bei den regionalen Verträgen würden die besonderen Verhältnisse der Vertragspartner besser berücksichtigt werden. Der erste deutsche Vorschlag, zu vorgehalten, könne nicht eine internationale Abmachung bilden. Der zweite Vorschlag sei bereits im Rahmen des Genfer Protokolls von Chamberlain einmal als unzulässig abgelehnt worden. Wenn sich die Staaten im Sinne des dritten Vorschlags einmal im Kriege befänden, so würden sie kaum einen von außen auferlegten Waffenstillstand annehmen. Vord. Cuskenburg betonte weiter, daß ein Weglassen der Einstimmigkeit aller Mitglieder die Völkerverbündensautorität gefährden müsse. Die deutschen Vorschläge müßten erst einmal allen Regierungen zur Prüfung vorgehen. Paul Boncour erklärte sich mit den großen Bedenken gegen die deutschen Vorschläge einverstanden, jedoch verlangte er noch für die vom Räte verlangten Vorbeugungsmaßnahmen das Kontrollrecht des Rates. Nach einer ebenfalls zustimmenden Erklärung Sokals für Polen erklärte sich Staatssekretär v. Simon damit einverstanden, daß seine Vorschläge zunächst den Regierungen vorgehen. Das Redaktionskomitee wird auf Grund der heutigen Debatte einen Resolutionsentwurf ausarbeiten.

In den Kreisen des Sicherheitsausschusses haben die deutschen Sicherheitsvorschläge große Beachtung gefunden. Die englische Kritik an den deutschen Vorschlägen geht darauf aus, daß die Ideenansätze der deutschen Vorschläge auf dem Gebiet des von England abgelehnten Genfer Protokolls liegen. Deutscherseits wird mit Bestimmtheit festgestellt, daß die französische Delegation ganz im Gegensatz zu ihren ersten

Abständen im allgemeinen die deutschen Vorschläge annimmt. Das von den Franzosen gewünschte Kontrollrecht des Völkerverbundes ist, wie auf deutscher Seite hingewiesen wird, nicht mit dem Begriff der Investition zu verwechseln. Praktisch würde das Kontrollrecht bedeuten, daß die bisher Deutschland allein auferlegten Verpflichtungen, sich einer Kontrolle zu unterwerfen, nunmehr auch von anderen Staaten aufgenommen werden. Von deutscher Seite wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die deutschen Vorschläge einen praktischen Beitrag zur Lösung des Sicherheitsproblems bedeuten und im deutschen Interesse liegen.

Der Sicherheitsausschuß tagt am Donnerstag und Freitag nur noch im Rahmen des Redaktionskomitees. Am Sonnabend und voraussichtlich auch am Montag werden die abschließenden Plenarverhandlungen des Ausschusses stattfinden.

Was Deutschland braucht.

Eine Rede des Botschafters v. Pritwih und Goffron.

Newyork, 29. Febr. Der deutsche Botschafter Goffron hielt heute bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in Newyork eine Rede, in der er ausführte, die völkerverbündenspolitische Verbindung Deutschlands hänge hauptsächlich von der Lösung dreier Probleme ab. 1. von der Nationalisierung des Produktions- und Verbrauchsgüter, 2. von der Teilnahme an der wirtschaftlichen Aufschließung bzw. Entlastung anderer Länder und 3. von der Möglichkeit der Erfüllung der öffentlichen und privaten finanziellen Verpflichtungen an das Ausland.

Die Produktionsfähigkeit habe unter dem Zeichen der allgemeinen günstigen Wirtschaftskondition der vorliegenden Jahres wieder einen hohen Grad erreicht. Dagegen liege die große Passivität der Handelsbilanz und die ungünstige Zahlungsbilanz erkennen, daß der Einfuhrüberschuß und die in bar zu leistenden Reparationen bisher zweifellos in weitgehendem Maße aus dem Erlös der auswärtigen Anleihen gedeckt wurden, was auf die Dauer nicht fortgesetzt werden könne. Alle privaten und öffentlichen finanziellen Verpflichtungen an das Ausland müßten letzten Endes aus den Ausfuhrüberschüssen gedeckt werden. Die große Steuerlast verteuere die Produktion und beschränke die Kaufkraft des heimischen Marktes. Straff durchgeführte Sparmaßnahmen zur Erhaltung der Steuerertragskraft hätten nur eine beschränkte Wirkung, weil der größte Budgetposten, nämlich die Reparationen, die die deutsche Wirtschaft außerdem mit anderen Abgaben schwer belasten, der Kontrolle der deutschen Regierung entzogen sei. Derartige große Verpflichtungen seien nur erfüllbar, wenn Deutschland Gelegenheit erhalte, an dem wirtschaftlichen

Ausschluß der Rohstoffländer

teilzunehmen, wodurch neue Kaufkraft zur Aufnahme von Rohstoffen geschaffen würde. Eine solche Beteiligung sei nur durch enge Zusammenwirken zwischen Nationen mit Kapitalüberschuß und solchen Ländern möglich, die die erforderlichen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen bieten. Unter den Nationen mit Kapitalüberschuß händen die Vereinigten Staaten an erster Stelle, während Deutschland über die erforderliche Technik und Wirtschaft in vollem Umfange verfüge. Deshalb seien Deutschlands Augen auf die Vereinigten Staaten gerichtet; das dringende gemeinsame Interesse mit den Vereinigten Staaten liege im Interesse beider Länder.

Französische Vorbeispiele für Genf.

Die Freundschaftsverträge, mit denen Frankreich Rumänien, Jugoslawien, Tschechien und Polen an sich fesselte, um für sich und diese Staaten die „Sicherheit“ des Gewinnes aus den Friedensdividenden unter Garantie zu stellen, drohen zu zerfallen. Bukarest fühlte sich bedenklich mit Italien. Die Unterredung Titulescu mit dem Duce bereitete Marianne böse Kopfschmerzen. Ihre Bemühungen aber, die Zwistigkeiten mit der italienischen Schwester gütlich beizulegen, erregen bei ihrem Belgrader Freund Mitrancu, weil er nicht zu Unrecht fürchtet, das Opfer dieses kommenden Ausgleiches zu sein. Auch die Spannungen zwischen Rumänien und Bulgarien, aus denen Paris für seine Balkanpolitik Vorteile zog, sind im Nachlassen. Der polnische Freund gibt sich mehr und mehr dem englischen Einfluß hin, weil der fallende Frank keine rechte Verbekraft mehr hat. Und mit größten Besorgnissen verfolgte Frankreich die Aussprachen, die Titulescu mit Stresemann in Cap Martin hatte und die in Genf und Berlin fortgesetzt werden sollen. Nur einer der vielen Freunde blieb treu: Herr Benesch aus Prag. War es so verwunderlich, daß Frankreich es dringend für nötig hielt, sich bei seinen Bundesgenossen wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen? Mit altem bewährter Regie wurde die Szent-Gottthard-Affäre zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebaut, und im Sicherheitsausschuß haben die Abgeordneten Frankreichs ihre ganze Redegewandtheit und advokatorische Kunst aufzubieten, um eine solche Formulierung der Paragrafen zu erreichen, die weniger die Sicherheit des Friedens als die Sicherheit des Status quo, der heute aus dem Weltkrieg, vertritt. Aber auch in diesen beiden Fragen hielt Paris auf Widerstand. Italiens und Englands Abneigung gegen Durchführung eines Untersuchungsverfahrens gegen Ungarn zerbröckelte die Hoffnungen Frankreichs. Das war um so ärgerlicher, weil es dem Untersuchungsverfahren gegen Ungarn grundsätzliche Bedeutung beimah im Hinblick auf mögliche spätere Kontrollen gegen Deutschland. Auch im Sicherheitsausschuß geht es ganz und gar nicht nach Frankreichs Wünschen. Die Berliner Vorschläge dokumentieren zu klar den ersten Willen Deutschlands, durch Befestigung der wirklichen Kriegsurkunden den Frieden zu organisieren und kennzeichnen die vom Quai d'Orsay angestrebte Aufrechterhaltung des Status quo zu deutlich als härtestes Element der Unsicherheit. Die scheinbare französische Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das große Ziel Frankreichs im Sicherheitsausschuß ein dem deutschen entgegengesetztes ist.

Frankreichs Enttäuschung über diese Erfolgslosigkeit der doch mit allem Eifer Pariser Salons erfolgten Ueberredungsversuche ließ es zu einem anderen Mittel seiner Diplomatie greifen. Es begann sich wieder auf die Kunst des Intrigierens, die es ja seit den Tagen Richelieus mit genau der gleichen Fertigkeit meisterte, als das von vordem abgelehnte advokatorische Geschicklichkeit geführte Spiel der Worte. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel erfolgte das Telegramm an Ungarn zum Verbot der Verleumdung des verbrödeten Kriegsmaterials aus Szent-Gottthard. Der Auftrag des Ratspräsidenten an den Generalsekretär des Völkerverbundes war nicht auf dessen Initiative erfolgt. Der Jubel der französischen Presse und die Tatsache, daß Tschenglob in Paris weilt, verriet allzu deutlich den Quai d'Orsay als aktiven Urheber der Depesche. Bei dieser Gelegenheit ist nicht die Frage von Bedeutung, ob Frankreich durch diese Intrige das Untersuchungsverfahren gegen Ungarn auf der Märztagung des Völkerverbundes doch noch durchführt, sondern viel wichtiger ist der Versuch der französischen Diplomatie, eine Erweiterung und Stärkung der Machtbefugnisse des Präsidenten des Völkerverbundes herbeizuführen. Vor allem wünscht man, daß die Untersuchungsbeauftragte, die nach den Friedensverträgen ausschließlich dem Völkerverbundrat anstehen, teilweise auf den Ratspräsidenten übertragen werden, um ihm bei Verletzungen der Militärbestimmungen ein sofortiges Einschreiten zu ermöglichen. Es wird auf Brlands Eingriff in den griechisch-bulgarischen Konflikt verwiesen, der den Ausbruch eines neuen Balkankrieges verhinderte. Die letzten Wiffen an der von Frankreich ausgeworfenen Angelegenheit haben die Fische im Reich der deutschen Unten sofort wieder verschluckt. Sollte es — so tönt es in der „Frankfurter Zeitung“ — wirklich keine Bestimmungen geben, die Tschenglob Besagtes zu seinem Telegramm erteilen, wie die Gegner seiner Aktion erklärten, so müßten eben — darin hat die französische Presse vollkommen recht — solche Bestimmungen nunmehr geschaffen werden. Die Ziele des Pariser Intrigenstückes errät die „Frankfurter Zeitung“ nicht — oder will sie nicht erraten. Bekanntlich haben die meisten Ratsmitglieder ihren Sitz in der französischen Hauptstadt. Umhüllt von französischen Liebenswürdigkeiten und umwoben von dem Negwert der Pariser Diplomatie würde der Ratspräsident beim Ausbau seiner Machtbefugnisse doch meistens nur den „wohlgemeinten“ Ratschlägen des Quai d'Orsay folgen. Frankreichs Einfluß im Völkerverbundrat würde dem

Kelloog's Vorschläge zum Weltfriedenspakt.

Paris, 29. Febr. Die heute veröffentlichte Kelloog-Note eröffnet in ihrem Schlußsatz, der um eine erneute Stellungnahme der französischen Regierung erucht, den Weg zu einer neuen Diskussion des von amerikanischer Seite angeregten Weltfriedenspaktes. Durch die Vorlage des französisch-amerikanischen Notenwechsels an Deutschland, England, Italien und Japan werden diese Großmächte gewonnen sein, nun ihrerseits Stellung zu nehmen.

Nach dem „Intransigent“ wird jetzt Briand an Kelloog die Frage richten, ob der gewünschte Pakt die Neutralität aller Großmächte bei kriegerischen Konflikten durchsetzen oder nur eine platonische Kundgebung werden solle. Für die „Liberte“ würde das absolute Verbot aller bisherigen Garantiepakte, so auch den Locarnovertrag, aufheben. Das „Journal des Debats“ hält Kelloog's Argumente im Hinblick auf Mittelamerika für wenig wert. Der „Temps“ erklärt, wenn Amerika das Recht habe, sich auf die Monroe Doktrin zu beziehen, so müsse Frankreich auch seinerseits das Recht zu Vorbehalten haben.

Die Spannung Rom—Wien.

Eine Erklärung des österreichischen Botschafters in Belgrad. Belgrad, 29. Febr. Die „Politika“ veröffentlicht eine Erklärung des Belgrader österreichischen Botschafters Dolfiner in der Angelegenheit der Erklärungen gegen Abtrotl im österreichischen Nationalrat. In den Ausführungen des Botschafters heißt es u. a.: Die im österreichischen Nationalrat

gehaltene Reden haben in gemäßigtem und würdevollem Tone nur Tatsachen erwähnt, die nicht geleugnet werden können. Es wäre kein Wunder, wenn die italienische Presse die Tatsachen dementieren würde. Es ist aber darüber zu freuen, daß sie mit Beleidigungen und Verstellungen geantwortet hat. Die Frage ist klar: die Italiener sind zu empfindlich, und das ist der Grund des ganzen Konfliktes. Meiner Ansicht nach besteht kein Grund für eine diplomatische Aktion. Es händ alles nur von der persönlichen Haltung Mussolinis ab. Er hat die Sache dazu gebracht, er hat auch die Aufgabe, sie weiter zu entwickeln. Keine Macht kann Österreich verbinden, die Dessenföhrigkeit auf die Schritte der Stammesgenossen in Italien aufmerksam zu machen

Keine Algieras-Konferenz.

London, 29. Febr. In der in Paris erteilten Einigung zwischen Frankreich und Spanien über die Durchführung des Tangier-Vertrages erklärt Reuters, daß sich an die französisch-spanische Einigung voranschaulich nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, eine Konferenz der vier Algieras-Mächte anschließen werde. Bekanntlich sollte das spanisch-französische Abkommen die Grundlage für eine Aussprache zwischen Spanien, Frankreich, England und Italien bilden.

Das neue amerikanische Einwanderungsgefes.

Newyork, 29. Febr. Präsident Coolidge hat dem Kongreß den Entwurf des abgeänderten Einwanderungsgefes zugesandt. Das abgeänderte Gefes legt die Quote der englischen Einwanderer herab und bringt sie in ein entsprechendes Verhältnis zu der Einwanderungsnorm der anderen Nationen.